

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Sonntags am Samstag. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 1,50 M. Für den Postweg müssen sämtliche Postgebühren mitgezahlt werden. Unter Berücksichtigung des Postweges für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., zuzüglich Gebührensatz, von Brief für Deutschland und Österreich 20,- M. Subskription, Expedition und Verlag: Berlin S. 2, Werthe Straße 20.

Die abendposten Ausgabe erscheint über dem Namen des H. - M. einschließlich Erwerbssteuer. Klein-Kapital: Das fortgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Erwerbssteuer. Klein-Kapital: Das fortgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Erwerbssteuer. Klein-Kapital: Das fortgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Erwerbssteuer. Klein-Kapital: Das fortgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Erwerbssteuer.

Die Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Internationale und die Weltkrise

Genf — Moskau — Wien

Die Einigung über den Inhalt des Ultimatums ist den Entente-Regierungen nicht ganz leicht gefallen. Insbesondere bestanden sowohl der englischen wie bei der italienischen Regierung sehr begründete Zweifel, ob man mit militärischen Maßnahmen vorgehen und ob der Friedensvertrag es zulasse, daß schon vor dem 1. Mai 1921 Strafmaßnahmen angewendet werden. Es war namentlich der belgische Außenminister Jaspers, der dafür eintrat, sofort schwerste Zwangsmaßnahmen anzudrohen. Seiner Auffassung schloß sich denn auch Lloyd George an.

Diese Stellungnahme der belgischen Regierung, die bereits in Paris außerordentlich stark gegen Deutschland aufgetreten war, interessiert, abgesehen von ihrer allgemeinen politischen Bedeutung, namentlich auch vom sozialistischen Standpunkt aus. In der belgischen Regierung, die auch ein Militärabkommen mit Frankreich abgeschlossen hat, sieht nämlich neben drei anderen Mitgliedern der belgischen sozialistischen Partei auch noch Vandervelde, dieses hervorragende Mitglied der zweiten Internationale. Herr Vandervelde, und mit ihm die belgische sozialistische Partei, tragen also die volle Mitverantwortung für die Pariser und Londoner Beschlüsse. Dies erklärt schon, warum die zweite Internationale in dieser Frage vollständig versagt hat. Es zeigt sich, daß die zweite Internationale gerade in allen internationalen entscheidenden Fragen vollständig ohnmächtig und eine freche Täuschung der Arbeiterklasse ist. Es wäre auch recht interessant zu erfahren, wie die deutschen Rechtssozialisten eigentlich über diese Haltung ihrer Internationale denken.

Nicht minder ohnmächtig erweist sich in der gegenwärtigen Krise die kommunistische Internationale. Nicht nur wegen ihrer außerordentlichen Schwäche, sondern auch wegen ihrer inneren Meinungsverschiedenheiten. Während die russischen Kommunisten in ihrer verzweifeltsten Lage auf den Eintritt der Katastrophe hoffen und ihre deutschen Genossen, als ihr gefügiges Instrument, diese Politik mitmachen und dem Nationalsozialismus verfallen sind, beobachten die französischen Kommunisten eine sehr vorsichtige und rein pazifistische Haltung. Sie wären ja auch verloren, wenn sie

wahrheitsgemäß ihren Anhängern sagten, daß die Leiter der dritten Internationale ihre Hoffnung darauf setzen, daß deutsche und französische Proletarier sich wieder in den Schützengräben gegenüberliegen.

Nur die sozialistische Arbeitsgemeinschaft in Wien hat klar und entschieden zur Weltkrise Stellung genommen, und die ihr angeschlossenen deutschen, französischen und englischen Arbeiterparteien bewahren auch in dieser Zeit ihre geistige und politische Gemeinschaft.

Die französischen Sozialisten zu den Londoner Verhandlungen

Paris, 2. März.

„Populaire“ sagt, er glaube nicht, daß die Alliierten und Deutschland die Absicht haben, es zum Bruch kommen zu lassen. Wenn unglücklicherweise die Konferenz von London einen tragischen Ausgang haben sollte, dann wäre es die Pflicht der Völker, das Wort zu ergreifen, um den Unterhändlern ihren Friedenswillen aufzuzwingen. Die Arbeiter des Ruhrreviers, das gesamte deutsche Proletariat habe ein Wort zu sagen, und die französische Arbeiterklasse ihrerseits dürfe sich nicht außerhalb der Debatte halten und den Kriegsmilitär Barthou nach seinem Willen über das Leben ihrer Kinder entscheiden lassen.

In dem Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ tritt Jouhaux dafür ein, daß die Frage der deutschen Wiederaufbauarbeiten in London nicht von neuem helleite geschoben werden dürfe. Der Ausschub des französischen Gewerkschaftsverbandes hat schon sofort nach dem Waffenstillstand im Einverständnis mit der französischen Regierung mit den deutschen Gewerkschaften darüber verhandelt. Die französische Regierung hat sich aber in der Folge nicht mehr für die Angelegenheit interessieren wollen. Trotzdem hat der Gewerkschaftsausschub eine Studienkommission nach dem Norden Frankreichs geschickt und sich im Januar mit Vertretern der deutschen Gewerkschaften in Genf getroffen, um einen Plan für die Zusammenarbeit der deutschen und französischen Berufsverbände auszuarbeiten, der von dem Vorsitzenden des Verbandes des deutschen Baugewerbes, Silberstein, der Londoner Konferenz unterbreitet werden sollte. Dieses Zusammenarbeiten der französischen und deutschen Arbeiterverbände sei, so bemerkt Jouhaux, das wirksamste Mittel, um den militärischen Abenteuern entgegenzuwirken, auf welche die französischen Nationalisten und die Alldeutschen hinarbeiten.

Nehmen Sie den Fall der Hochöfen und der Walzwerke in Belgien, sie wurden absichtlich mit Dynamit gesprengt und der Grund und Boden in Trümmern liegen gelassen, damit nach Beendigung des Krieges die belgische Industrie Jahre brauchen sollte, um mit Deutschland wieder in Wettbewerb treten zu können. Ich kann noch mit vielen anderen Fällen dienen, in denen belgische und französische Fabriken, die für ihre deutschen Konkurrenten eine Bedrohung darstellten, mit Vorbedacht zerstört wurden. Andererseits haben die Gebäude in Deutschland mit verhältnismäßig wenigen Ausnahmen in Ostpreußen keinen Schaden erlitten; die deutschen Fabriken sind völlig unversehrt.

Im Augenblick der Beendigung des Krieges stand es ihnen frei, ihre Waren herzustellen und sie an die Welt zu verkaufen, während ihre Konkurrenten ihre Fabriken und Werkstätten zerstört und ihre Maschinen entfernt oder abgedrohen haben. Daher bedeutet es, wenn nicht Reparation durch Deutschland geleistet wird, daß die Sieger den Preis der Niederlage bezahlen und die Unterlegenen die Frucht des Sieges ernten werden. Ich habe durch die anwesenden belgischen Minister davon Kenntnis erhalten, daß die Zerstörung belgischer Fabriken und Maschineneinrichtungen soweit gegangen ist, daß die deutsche Armee in Belgien

150 000 belgische Arbeiter nach Deutschland deportierte

mit der Begründung, daß sie arbeitslos seien. — Aber das stellt nicht die Gesamtheit des Schadens dar, der als Folge des durch die alliierte deutsche Regierung provozierten Krieges verursacht wurde. Ich habe nicht die Zahlen für Italien angegeben, nicht die Gesamtheit der Zahlen für Großbritannien. Ich habe jene Zahlen nur angegeben als Beispiel für die Zerstörung, die stattfand. Da ist weiter die Zerstörung von Millionen Tonnen Handelsfahrzeugsraum. Großbritannien, einem Lande, das mehr als irgendein anderes von seiner Schifffahrt abhängig ist, wurden acht Millionen Tonnen versenkt. Aber diese Aufstellung ist unvollständig ohne die Erwähnung des noch bitteren und verheerenderen Verlustes, der den alliierten Ländern zugefügt wurde durch den Tod und die Verklümmelung von vielen Tausenden ihrer jungen Männer in der Blüte ihrer Kraft. Frankreich verlor 1 400 000 an Gefallenen und muß für 3 500 000 Menschen Pensionen zahlen. Das britische Reich verlor eine Million an Gefallenen, und die Verklümmelten, die Pensionen beziehen, zählen 1 700 000. Ich habe nicht die Zahlen für Italien und Belgien bei mir. Diese Verluste bedeuten nicht nur einen Schaden für das ganze Land an wirtschaftlicher Stärke und Produktionsfähigkeit, sondern eine schwere jährliche Bürde für die Hilfsquellen des Landes, um die Hilfsbedürftigen und Verklümmelten, die nicht mehr erwerbsfähig sind, zu erhalten. Frankreich allein und Großbritannien allein tragen in dieser Beziehung jedes eine jährliche Last, die nahezu

den dreifachen Betrag der ganzen Jahreszahlung

ausmacht, die Deutschland jetzt anbietet, um der Reparationsforderung für Schäden künftiger Art zu entsprechen. Zweifellos hat Deutschland unter dem Kriege gelitten, sein Menschenverlustr kann jedoch im Verhältnis zur Bevölkerungsgröße nicht mit dem von Frankreich erlittenen verglichen werden, und was den Sachschaden anlangt, ist die Vermüstung in Ostpreußen unbedeutend im Vergleich zu der, die Frankreich zugefügt wurde.

Was wird bei all dieser riesenhafte Unbill jetzt Frankreich angeboten, dem Frankreich, das erbebt unter der Last der Ausgaben, die ihm durch seine Kriegsschulden und durch diese mutwillige Vermüstung auferlegt sind, welche seine reichsten Provinzen in eine scheußliche Wüste der Zerstörung und Verwüstung verwandelt hat, mit seinem dringenden Bedürfnis, zerstörte Heimstätten wieder aufzubauen, Fabriken wiederherzustellen, die die einzige Grundlage des heimischen Lebensunterhalts bilden, des Lebensunterhaltes für die Armen, die fünf Jahre lang die Schrecken des Krieges in ihren verwüsteten Provinzen ertragen hatten, mit seinen ungeheuren Pensionsverpflichtungen, die zu dem übrigen noch hinzukommen? Was wird Großbritannien angeboten mit seiner riesenhafte Schuld und einer Pensionslast, die es bei Durchsetzung eines Vertrages auf sich nahm, dem sein König mit dem König von Preußen unterzeichnete, der aber von des letzteren Nachkommen gebrochen wurde? Was wird Italien und Belgien angeboten, um ihre Lasten zu erleichtern? Nicht ein Wort der Summe, die zur Reparation des Schadens erforderlich ist.

Der Inhalt der Rede lag bei Fertigstellung der Abendausgabe noch nicht vor.

Erklärung Lloyd Georges im Unterhause

Im Unterhause gab Lloyd George gestern nachmittags eine Erklärung ab, die eine Zusammenfassung seiner auf der Konferenz gehaltenen Reden darstellt. Claude Lorrain fragte, ob die „widerpenstige“ Haltung der deutschen Delegierten nicht zum großen Teil auf die Tatsache zurückzuführen sei, daß Esquit erklärt habe, Deutschland könne nicht mehr als 2 Milliarden Pfund bezahlen. Kenworthy fragte, ob Lloyd George nicht durch einige der von ihm gebrauchten Worte die Deutschen ermutigt hätte.

Lloyd George erwiderte: Ich habe oft erklärt, daß die Deutschland vorgelegten Forderungen seiner Zahlungsfähigkeit entsprechen müssen. Die Vorschläge Simons sind u. E. aber viel geringer, bedauerlich geringer, ich kann wohl sagen, in absurdem Maße geringer als die Zahlungsfähigkeit Deutschlands. Deutschland ist, wie ich schon früher bemerkt habe, noch nicht in demselben Grade befeuert wie Frankreich und England, und es ist nicht möglich, daß wir zugeben, daß die Lage der Sieger schwerer ist als die der Besiegten.

In Erwiderung auf verschiedene Anfragen betreffend Irland sagte Lloyd George, die Regierung habe vor der Verhängung des Belagerungszustandes die Möglichkeit geprüft, ein Zivilgericht einzuführen. Dieser Plan sei indessen nach reiflicher Überlegung aufgegeben worden. Die Zahl der Todesurteile erreiche bei weitem nicht die der Morbstaten in Irland.

Die Rede Lloyd Georges

Die Rede Lloyd Georges in der gestrigen Sitzung der Londoner Konferenz, die wir zu einem großen Teile bereits in unserer heutigen Morgenausgabe veröffentlichten, hat weiter folgenden Wortlaut:

Wir haben einfach darauf bestanden, daß Deutschland Reparation leisten soll, im Hinblick auf die Lasten, die jedem unserer Länder durch Sachschaden an Eigentum und durch Schäden an Leib und Leben der Einwohner auferlegt worden sind. Wir haben nicht mehr verlangt, wir können nicht weniger nehmen. Es handelt sich nicht um eine seltene Uebel, sondern um Unbill, deren Reparation in diesem Augenblick den Hilfsquellen der alliierten Länder eine erdrückende Last auferlegt. Nehmen Sie Frankreich; Frankreich muß sich dieses Jahr in seinem Budget auf eine Ausgabe von 12 Milliarden zur Wiederherstellung seiner verwüsteten Gebiete einrichten. Dies ist unabhängig von der gigantischen Summe, die es für Pensionen vorsehen muß. Die Regelung wird Jahr für Jahr, für mindestens zehn Jahre getroffen werden müssen. Was für eine Last gibt es im deutschen Budget, die hiermit zu vergleichen wäre? Ich bin gewiß, daß

das deutsche Volk keine Ahnung von der Vermüstung hat,

die in den alliierten Ländern als eine Folge der Handlung der kaiserlichen Regierung im August 1914 angesehen worden ist. Im Hinblick auf die nicht abzuschätzende Wichtigkeit, zu einer wirklichen Verständigung zu kommen, halte ich es für wesentlich, daß die deutsche Öffentlichkeit über den Charakter und die Ausdehnung der angerichteten Verwüstungen unterrichtet wird. Ich kann nicht umhin, zu glauben, daß sich, wenn sie sich ihrer Bewußt wird, ihre Sinnesart ändern wird. Sie steht unter dem Eindruck, daß ihr die Alliierten Geld über ihren Bedarf hinaus zu entwinden suchen, und ich bin völlig sicher, daß sie nicht die leiseste Kenntnis hat von der furchtbaren Ausdehnung der Verwüstungen, die durch den Krieg in den alliierten Ländern verursacht worden sind. Ich will einige Zahlen anführen, die die Ausdehnung der verursachten Schäden angeben.

In Frankreich sind fast 21 000 Fabriken zerstört worden, die Bergwerke in Nordfrankreich sind zerstört worden, und man wird zehn Jahre oder mehr brauchen, sie wiederherzustellen. Sämtliche Fabriken der Metallindustrie, der elektrischen und der Maschinenindustrie sind völlig vernichtet, 4000 Zementfabriken, 4000 Nahrungsmittelfabriken sind zerstört oder ihrer Einrichtung beraubt worden, die entweder nach Deutschland verbracht oder an Ort und Stelle zerstört worden sind, 1650 Gemeinden und

Städten sind vollkommen zerstört worden; von 707 Steden sind dreiviertel zerstört worden; von 1656 Gemeinden sind wenigstens 50 Prozent zerstört worden; 319 260 Häuser sind völlig und 313 675 Häuser teilweise zerstört worden. Das macht 630 000 Häuser entweder völlig oder teilweise zerstört. 20 603 Fabriken sind zerstört worden; 8000 Kilometer Eisenbahn, fast 5000 Brücken, 520 000 Kilometer Straßen, 3 800 000 Hektar Land mußten in ihren früheren Zustand wiederhergestellt werden, davon 1 740 000 Hektar bebautes Land.

Die Verringerung der Gesamtkohlenförderung Frankreichs beträgt 50 Prozent (21 000 000 Tonnen statt 42 000 000). Diese Ziffern als Minimum. Ich habe dies zerstörte Gebiet ziemlich von einem Ende zum anderen durchkreuzt und es ist geradezu entsetzlich. Der Boden selbst ist ungewöhnt und zerstört. Ein Gutteil dieser Zerstörung wurde durch Beschleugungen und Kriegshandlungen herbeigeführt. Aber ein unglücklicher Betrag an Schäden wurde

mit Vorbedacht herbeigeführt

in der Absicht, wesentliche Produktionsmittel zu zerstören. Dieses gilt sowohl für Frankreich wie für Belgien. Nach den Worten des Generals von Belling auf der ersten Versammlung der deutschen wirtschaftlichen Mission für Belgien am 19. Juli 1915 war das Ziel, daß Belgiens sich erholsame Industrie der deutschen Industrie keinen Abbruch tue. Es wurden deshalb große Fabriken mutwillig zerstört, die Maschineneinrichtung zerstört, manchmal wesentliche komplizierte Teile des Mechanismus entfernt, deren Wiederherstellung lange Zeit dauern würde. Brücken, feste Fundamente, Hochöfen durch Dynamit, Apparate durch Explosivgas zerstört, nur um die französischen und belgischen Industrien zu verkrüppeln und es ihnen unmöglich zu machen, mit der deutschen Industrie nach Kriegsende in Wettbewerb zu treten. Ich kann der deutschen Delegation mit einer großen Zahl beherzigter Fälle dienen. Es ist eine sehr umfangreiche Gotting von Fällen vorhanden, in denen Maschinen und Einrichtungen abgedrohen wurden, um Deutschland mit Metall zu versorgen. Eine große Zahl der Bergwerke in Nordfrankreich wurden mit Vorbedacht zerstört, in der Absicht, ihren Betrieb auf Jahre hinaus unmöglich zu machen — nicht durch Beschleugung, sondern durch überlegte Zerstörungsmassnahmen. In zahlreichen Zement- und anderen Fabriken wurde die Maschineneinrichtung zerstört oder wesentliche Teile weggenommen. Nehmen Sie den Fall der französischen Flachindustrie, einer sehr wichtigen Industrie in Frankreich, diese wurde durch Zerstörung der gesamten Maschineneinrichtung so gut wie vernichtet, so daß Deutschland, welches Frankreich vor dem Kriege in Höhe von 85 Prozent des Bedarfs versorgte, jetzt 50 Prozent der Flachprodukte liefert.

Die Lage in Berlin

Der Außenminister Dr. Simons hat heute einen ausführlichen Bericht an die Reichsregierung erstattet und erwartet von ihr weitere Instruktionen. Das Kabinett will heute nachmittag zu dem Ultimatum der Entente Stellung nehmen. Der genaue Bericht über den Verlauf der gestrigen Sitzung in London und über die Meinung der deutschen Delegation, der heute vormittag in Berlin eingelaufen ist, sollte erst abgewartet werden. Der Veltstein aus- schuß des Reichstags ist heute vormittag zusammengetreten. Welche Beschlüsse er gefaßt hat, ist noch nicht bekannt. Heute nachmittag will sich das Kabinett mit den Parteiführern in Verbindung setzen.

Der Zeitgewinn

Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus London telegraphiert: Das wichtigste Ergebnis des gestrigen Tages ist, daß das Ultimatum nicht ein absolutes Diktat der Pariser Vorschläge bezweckt, sondern die Möglichkeit weiterer Vorschläge nicht ausschließt. Der Wortlaut der Erklärungen Lloyd Georges erlaubt immerhin, namentlich bei der mehrfach geschilderten Sachlage, während der nächsten Tage einen Versuch sachlicher Arbeit zu machen, die vielleicht eine geeignete Basis ergeben kann, wenn man sich die früheren Verhandlungen der Experten zum Muster nimmt. Jedenfalls ist der Zeitgewinn beiden Parteien wertvoll.

Schlechtes Gedächtnis

Die Partei der „verdorren Hand“ beginnt neuerdings bedenklich an Gedächtnisschwäche zu leiden. In seinem heutigen Leitartikel konstatiert der „Vorwärts“ mit Befriedigung, daß sich „in erfreulichem Gegensatz zu den Tagen von Weimar“ die Arbeitererschaft diesmal geschlossen gegen die Pariser Beschlüsse gewandt habe, und er versucht durch den Hinweis auf unsere Stellungnahme den Anschein zu erwecken, als hätten wir den Standpunkt verlassen, den wir jederzeit zur Frage der Unterzeichnung des Friedensvertrages eingenommen haben.

Dieser Versuch, die verhängnisvolle Politik der Rechtssozialisten in den „Tagen von Weimar“ nachträglich zu rechtfertigen, ist ein Versuch mit untauglichen Mitteln. Wie lagen die Dinge Mitte 1919, in den Monaten vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages? Die bürgerlichen Parteien, geführt von den Deutschnationalen, entfesselten eine wüste nationalistische Agitation, um die Nichtunterzeichnung des Versailler Friedens zu erzwingen. Gleichzeitig rüsteten die militärischen Verschwörer, die von Klose in die höchsten militärischen Stellen hineingeseht waren, zu einem Aufstand und einem neuen Krieg gegen die Entente, der von der Wiederherstellung der Monarchie begleitet werden sollte. Allen diesen Plänen leistete die Regierung Scheidemann-Landsberg-Klose Vorwand und die rechtssozialistische Partei stellte sich vollkommen in den Dienst jener nationalistischen Politik, die den vollständigen Sieg der monarchistischen Konterrevolution anstrebte.

In dieser Situation war die Unabhängige Sozialdemokratie die einzige Partei, die klar die Aufgaben der Stunde erkannte, und den verbrecherischen Plänen der Militaristen und ihrer bürgerlichen und rechtssozialistischen Zutreiber rücksichtslossten Widerstand entgegensetzte. Sie entlarvte die Heuchelei der bürgerlichen Rabauken- spieler, die mit der „verdorren Hand“ Scheidemanns das In- und Ausland zu täuschen suchten, und sie mobilisierte die Massen gegen den verbrecherischen Versuch, mit den alten Mitteln der militärischen Gewalt und der Reaktion den unvermeidlichen Konsequenzen des militärischen Zusammenbruchs aus dem Wege zu gehen.

Die Geschichte hat dieser Politik der Unabhängigen Sozialdemokratie Recht gegeben. Sehr bald erkannten die breiten Massen des Proletariats, daß sie nur dank dem rücksichtslosen Eingreifen unserer Partei einer neuen furchtbaren Katastrophe entgangen waren. Diese Einsicht drang sogar allmählich in die rechtssozialistische Partei ein, die unter dem Druck der Arbeitermassen jene Politik der nationalen Phrase und der Einheitsfront mit der Bourgeoisie — wenigstens den Worten nach — aufgeben mußte. Es genügt, die heutige Stellungnahme des „Vorwärts“ zu der Wiedergutmachungs-

frage, seine Absagen an den Nationalismus, seine Solidaritätserklärungen mit den englischen und französischen Arbeitern mit jenem hysterischen nationalistischem Getöse zu vergleichen, das in den „Tagen von Weimar“ seine Spalten erfüllte, um zu erkennen, daß es nur dank dem Eingreifen der rechtssozialistischen Arbeiter, die allmählich die Richtigkeit unserer Anschauungen einsehen, gelungen ist, das Zentralorgan ihrer Partei wenigstens vorläufig aus den Gedankengängen der „nationalen Einheitsfront“ herauszu- reißen.

Generalfstreik in Stettin

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

Stettin, 4. März.

Wie bereits gemeldet, sind in Sachen der Balkan-Werft, Stettin, die Verhandlungen zwischen Regierungsvorstreitern, der Direktion und den Arbeitervorstreitern am Widerstand der Arbeit- geber gescheitert. Selbst die Regierungsvorstreiter haben den Unternehmern ihre Mißfallen ausgesprochen. Nachdem nun die Werkdirektion sechstausend Arbeiter aussperrte, hat sich mit dieser Angelegenheit eine zu gestern vormittag einberufene Konferenz des Vorstandes des Ortsausschusses des A. D. G. B. und des Vollzugsrats der Betriebsräte mit dieser Frage beschäftigt und einen Beschluß gefaßt, der zu nachmittags um 5 Uhr einberufenen allgemeinen Funktionär- und Betriebsräteversammlung den örtlichen Generalfstreik unter Verzicht auf irgendwelche finanzielle Unterstützung zu empfehlen. Die Funktionär- und Betriebs- räteversammlung hat dann mit 780 gegen 484 und 26 un- gültige Stimmen beschlossen, am Freitag mittag 12 Uhr in den Generalfstreik für den Industriebezirk Groß- Stettin einzutreten. Beschlossen wurde, auch die lebenswichtigen Betriebe bis auf die in denselben not- wendigen Notstandarbeiten in den Streik einzubeziehen.

Die Mitteilung in der bürgerlichen Presse, daß die Gewerkschaften sich weigern, Streikunterstützung an die Ausständigen zu zahlen, ist unrichtig, da eine solche Unterstützung von denselben gar nicht gefordert worden ist.

Amnestieantrag in Sachsen

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

Dresden, 3. März.

In Sachsen sind sehr oft berechtigte Klagen über die Justiz- gefährt worden. Die Justizverwaltung liegt in den Händen des Rechtssozialisten Dr. Farnisch, dessen Amtsführung bisher wenig energiegelad war. Um so bedeutungsvoller ist es, daß der Landtag verschiedene Prozesse korrigiert hat. Die Amnestie wurde ange- sichts der zutage getretenen Ungerechtigkeiten zum Gegenstande des Minimalprogramms der U. S. P. bei ihrem Eintritt in die sächsische Regierung. Die Notwendigkeit dafür erweist sich immer mehr. Gestern wurde ein Urteil vor dem Freiburger Land- gericht gefaßt, in dem mehrere Arbeiter zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden, weil sie gegen einen Unternehmer demon- striert hatten und dabei ein wenig unanständig mit ihm umge- sprungen waren. Man hatte ihnen den Prozeß wegen Land- friedensbruchs gemacht. In der Verhandlung wurde der Unter- nehmer erklärt als schlimmster Ausbeuter. Beurteilt wurden die Arbeiter wegen Rädigung und Beleidigung. Der Prozeß war im Effekt nichts anderes als eine Schuttkation zu- gunsten der schlimmsten Unternehmerprovokation.

Der sächsische Landtag beschloß nun in seiner heutigen Sitzung gegen die Stimmen aller bürgerlichen Parteien, die Regierung zu ersuchen, unverzüglich ein Amnestiegesetz vorzulegen, das denjenigen Straffreiheit ge- währt, die bis zum 31. Dezember 1920 Hochverrat gegen den Frei- staat Sachsen oder Verbrechen der Vergehen in bezug auf die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte begangen haben, sowie Straf- freiheit für Handlungen, die bei den Kapp-Unruhen oder bei den Unruhen in Chemnitz im August 1919 und bei den am 9. No- vember 1920 zur Erzielung von Arbeitsruhe veranstalteten De- monstrationen begangen worden sind. Auch die in öffentlichen Versammlungen oder in der Presse gegen die Angehörigen der Reichswehr oder der Landespolizei begangenen Beleidigungen und

die Vermerke über die bereits erlassenen Strafen im Strafregister sollen gelöscht werden. Weiter ersucht der Landtag die Regierung, ebenfalls gegen die Stimmen der Bürgerlichen, bei einzelnen Be- gnadigungen besonders die Delikte zu berücksichtigen, die unter dem Druck wirtschaftlicher Verhältnisse und ge- werkschaftlicher Kämpfe zur Verhinderung der Arbeit begangen worden sind.

Generalfstreik in Luxemburg

Paris, 3. März.

Nach einer Havasmeldung aus Luxemburg ist der Streik allgemein geworden. Alle Fabriken des Bergwerkesgebietes liegen still und sind militärisch besetzt. Die Stadt Luxem- burg ist ohne Licht.

Dazu wendet sich die Gewerkschaftskommission von Trier an den Allgemeinen Gewerkschaftsbund mit folgendem Aufruf:

Die Arbeiterklasse Luxemburgs steht seit dem 1. März in schweren Abwehrkämpfen wegen Arbeiterent- lassungen und Lohnabbau. Sie fordert die Verfüzung der Arbeitszeit und Produktionskontrolle. Der Abwehrkampf ist allgemein. Wir erwarten, daß der Konflikt alle Verbände ver- bindigt. Zugang nach Luxemburg ist fernzuhalten.

Belgien und die deutschen Kriegsverbrecher

Brüssel, 4. März.

Die allierten Regierungen haben am 7. Mai 1920 der deutschen Regierung eine Liste zukommen lassen, auf der 45 Namen von „Kriegsverbrechern“ verzeichnet waren, welche vor dem Obersten Gerichtshof in Leipzig erscheinen sollten. 15 dieser Namen waren von Belgien auf die Liste gesetzt worden. Gestern sind in Brüssel nunmehr zwei Beamte des Berliner Auswärtigen Amtes und ein Vertreter der General- staatsanwaltschaft des Leipziger Gerichtshofes eingetroffen, die eine Unterredung mit den Beamten des belgischen Justizministeriums hatten, um die Prozedur fest- zulegen. Unter den Deutschen, die auf belgisches Ersuchen verurteilt werden sollen, wird General v. Below genannt, seine Stabsoffiziere und Unteroffiziere Zahn und Grandot, die die Geeraardsberger Kinder mißhandelt haben.

Ein reaktionärer Streich Gompers

Der Vollzugsrat des amerikanischen Arbeiterbundes hat, nach einer Washingtoner Meldung des W. T. B., beschlossen, daß der Bund alle Beziehungen zu dem internationalen Gewerkschaftsbund lösen soll, da sich die amerikanische Arbeitererschaft dem internationalen Gewerkschaftsbund wegen seiner revolutionären Betätigung und seiner Nichtanerkennung der nationalen Autonomie nicht anschließen kann.

Es ist zu hoffen, daß die weitere Entwicklung der Dinge auch die amerikanischen Arbeiter zur Notwendigkeit der internationalen Solidarität befehrt und daß sie Herrn Samuel Gompers das geben, was ihm längst gehört, nämlich die Pensionierung.

Das neue amerikanische Kabinett

Washington, 3. März.

Das neue Kabinett wird aus folgenden Mitgliedern be- stehen: Staatssekretär Hughes, Schatzminister Mellon, Kriegsminister Weeks, Postminister Hays, Justizminister Daugherty, Staatssekretär der Marine Edwin Denby, Staatssekretär des Innern Fall, Staatssekretär für Handel Hoover, für Arbeit James Davis, Aerbau Wallace.

Wesentliche Wählerfolge in England. Nachdem wir erst heute früh melden mußten, daß die englische Arbeiterpartei eine Wahlnieder- lage zugunsten der Koalition erlitt, bringt eine neue Nachwahl das umgekehrte Verhältnis. In Dudley wurde gestern eine Erziehungswahl zum Unterhause vorgenommen, die durch die Ernennung von Sir A. Griffiths Boscawen zum Landwirtschaftsminister notwendig geworden war. Gewählt wurde Wil- son (Labour Party) mit 10 244 Stimmen gegen 9968 Stimmen, die Boscawen (Koalitionsunionist) zustießen.

Die „schwarze“ Schmach

Von Ludwig Hüberschmer

Der Simplizissimus schien einst ein Kampforgan von frei- heitlicher Gesinnung zu sein. Der Krieg hat diese Illusion zer- stört und offenbar, daß er nur ein kapitalistisches Unternehmern ist, das seine Mitarbeiter zwingt, die herrschende Gesinnung an- zunehmen. So ist der Simplizissimus heute notwendig konzer- nant. Vertritt Interessen, die er einst lächerlich zu machen ver- suchte. Es darf uns daher nicht wundernehmen, wenn der Simplizissimus auch hinsichtlich der Schwarzen seine Meinung gründlich verändert hat. Früher sah er in den europäisierten Regern Opfer der europäischen Korruption. Heute steht er die weiße Rasse von der schwarzen bedroht. Die Regier, die auf Frankreichs Seite kämpften, waren ja schon während des Krieges wilde Bestien, ganz im Gegensatz zu denen, die unter Leitow- Vorbed auf deutscher Seite in Afrika kämpften und mit eisernen Kreuzen geschmückt wurden. Man sah in diesen reinen und selbst- losen Helden, die für „ihre“ Vaterland ebenso gerne starben wie die übrigen Proletarier für ihre Vaterländer. Die Melodie ist bekannt.

Früher bekämpfte der Simplizissimus den Krieg. Heute be- teiligt er sich schamlos an der Hege zu einem neuen. Ein be- sonderes Mittel zu dieser Hegepropaganda ist neben dem wirt- schaftlichen Druck, der sich aus unserer militärischen Niederlage ergibt, die sogenannte schwarze Schmach; die Sexualübergriffe, die deutsche Frauen und Mädchen im besetzten Gebiet (unverant- wortlichweise) von schwarzen Truppen erdulden mußten. So veröffentlicht er Bild auf Bild, stellt Frankreich als einen weiber- schändenden Regier dar und verschweigt, wie schwer die schwarzen französischen Soldaten (im Gegensatz zu den weißen deutschen Offizieren) ihre Notzuschüsse zu fähnen hätten, meist mit vielen Jahren Zuchthaus.

Wir sind der Meinung, daß eine vergewaltigte Frau auf die Person des Vergewaltigten keinen Wert legen kann, denn wenn sie auf ihn Wert legte, hätte sie sich ja nicht vergewaltigt. Folgt sich kann sie auch keinen Wert auf die Rasse des Vergewaltigers legen. Denn daß ihr Gewalt angetan wird, durch wen es auch immer sei, ist wesentlich. Daß solche Vergewaltigungen vor- kommen, leugnet niemand. Denn sie ereignen sich überall. Und sie haben sich in Frankreich verhältnismäßig ebenso oft ereignet, wie jetzt im besetzten Gebiet. Aber es ist erwiesen, daß die französische Justiz jeden ihr zur Anzeige gedachten Fall mit den schwersten Strafen fähnte; was man von den deutschen Be- hörden bei Übergriffen Deutscher an französische Frauen und Mädchen nicht so ohne weiteres sagen kann.

Anfere Heppresse sucht eine oberflächliche Enttäuschung herbei- zuführen, ohne der Sache auf den Grund zu gehen. Barbaris- mus wird wieder einmal hochgejubelt, um die „Vorurteile, die in Amerika über die schwarze Rasse herrschen“ (wie man auf französischer Seite ausfragt) zur Verbeugung der Wölfer aus- zunugen zu können.

Stiitliche Enttäuschung dient immer zur Verdeckung eigener Mängel. Die eigentliche Ursache sieht tiefer. Denn nicht immer ist es der Schwarze, der die weiße Frau vergewaltigt! Oft ist auch die weiße Frau die Verführerin. Aus sehr erklärlichen Gründen. Das fremdländisch-erotische läßt einen eminenten Reiz aus. Seht die gehemmte Sexualität des Europäers einer großen Versuchung aus. Denn durch den Afrikaner wird „das Repertoire europäischer Sinnlichkeit um eine wilde Irritation bereichert“. Von diesen Tatsachen erfährt man jedoch wenig. Schamgefühl hindert das Bekenntnis. Und vor allem ist es bequem, sich als vergewaltigt auszugeben. Man wird dadurch zur Märtyrerin, und ist der Verantwortlichkeit für die Folgen der Handlung enthoben.

Die sexuellen Gebräuche der Regier sind von den europäischen durchaus nicht so verschieden wie im allgemeinen angenommen wird. Ein afrikanischer Jüngling, der mit einem noch nicht als geschlechtsreif erklärten Mädchen verkehrt, hat strenge Strafen zu erwarten. Früher wurde er wie ein Mörder mit dem Tode bestraft. Das Mädchen aber wurde in die Steppe verflohen.

Der Europäer ist leicht geneigt, andersfarbige Rassen für minderwertig und barbarisch zu halten. Es fällt ihm sehr schwer, in dem Andersfarbigen den gleichberechtigten Menschen zu sehen. Eher ist er geneigt, diese andersfarbigen Rassen, besonders aber den Regier, auf die Stufe der Tiere zu stellen. Den Regier föhrt das nicht. Seine Beziehungen zu den Tieren sind geistiger Natur. Er denkt sich die Seelen Verstorbener in Tieren weiterlebend. Im Munde des Europäers bedeutet es aber Mißachtung und Minderwertigkeit. Bis jetzt hat noch nie die schwarze Rasse die weiße vergewaltigt, immer nur die weiße die schwarze. Man denke nur an den Sklavenhandell Alkohol, Sphillis und Feuer- waffen sind die einzigen Geschenke unserer Zivilisation an die ertotischen Völker. Europäische „Segnungen“ verkehren ganzen Völkern den Todesstoß.

Es ist besonders für Sozialisten notwendig, zu den als wild und barbarisch verachteten Völkern eine menschliche Einstellung zu gewinnen. In Frankreich und überhaupt in den romanischen europäischen Ländern wird der Schwarze nicht verachtet. Auch wir müssen uns demähen, ihre Seele kennen zu lernen. Eines der wich- tigsten Mittel dazu ist ihre Kunst. Die Werke der Naturvölker haben auf die letzte europäische Kunstbewegung einen großen Einfluß ausgeübt. Ja, man kann heute von einer förmlichen ertotischen Mode sprechen, die aber einen wahren Kern hat, im

dem es uns gelungen ist, die zum Teil große und erschütternde Kunst der schwarzen Völker zu verstehen. Auch darin ist man schon in Frankreich weiter. So wurde jetzt eine Rundfrage an die besten Künstler und Gelehrten des Landes veranstaltet, ob man die Kunst der Regier in den Louvre (das Staatsmuseum) bringen dürfe. Alle, mit Ausnahme eines Beamten des Louvre, haben sich dafür ausgesprochen. Man denke sich nur das Hallo unserer Professoren, wenn jemand den Vorschlag machen würde, die Regerkunst ins Kaiser-Friedrich-Museum zu bringen. In Berlin enthält das Völkerkundemuseum in geschlossenen Sammlungen die Kunstwerke der ertotischen Völker, die kennen zu lernen wirklich verlohnt. Wir werden daher in nächster Zeit einige Aufsätze über die Kunst der Naturvölker bringen, als Einführung in die Sammlungen des Berliner Völkerkundemuseums.

Die Verdunstung auf dem Meer. Der schwierige Versuch, die Verdunstung auf dem Meere zahlenmäßig zu bestimmen, ist kürz- lich auf Grund eines Beobachtungsmaterials, das besonders auf deutschen Schiffen gesammelt wurde, von Dr. G. Wüst unternom- men worden. Ueber die interessanten Ergebnisse dieser For- schungen berichtet Prof. Hailshof in der „Naturwissenschaftlichen Wochenschrift“. Es ergab sich, daß die weitaus wichtigste Kraft- quelle für die Entstehung der Verdunstung in der Strahlung besteht; die Geschwindigkeit des Windes kommt erst an zweiter Stelle, ist aber auch von großer Bedeutung. Bei einer Wind- geschwindigkeit von 60 Kilometer in der Stunde zeigte sich, daß die Verdunstung durchschnittlich sechsmal größer war als bei Windstille, und schon bei einer Windstärke von 10 Kilometer in der Stunde war die Verdunstung doppelt so groß wie bei gar keinem Wind. In der Ostsee konnte festgestellt werden, daß die Verdunstungsgröße an der Meeresoberfläche im Ganzen um 44 Prozent geringer ist, als an der Oberfläche des Schiffes, obwohl der Unterschied durchschnittlich nur 6 Meter betrug. Die Wind- geschwindigkeit nimmt nämlich in geringer Höhe über dem Hori- zont schon sehr schnell zu. Bei den Messungen wurde auch der Einfluß der Lufttemperatur, des Luftdruckes, des Salzgehaltes, Größe und Ausrichtung des Verdunstungsgefäßes genau berück- sichtigt. So gelang es, aus den Ergebnissen der Messungen im Beobachtungsgefäß einwandfreie Folgerungen für die Ver- dunstung über dem freien Meer zu gewinnen, ein Resultat, das bei Messungen der Verdunstungsgröße auf dem Festland noch lange nicht erreicht ist. Nach diesen neuesten Berechnungen ist eine mittlere Verdunstung des Weltmeeres mit 82 Zentimeter im Jahr festgelegt. In den einzelnen Zonen sind die Verdunstungsgrößen verschieden; doch sind diese Unterschiede im Weltmeer schwächer ausgeprägt als im Atlantischen Ozean. Da aber die Polarmeere sehr verdunstungsarm sind, so ist der Mittelwert des Atlantischen Ozeans infolge des großen Anteils, den die Polarmeere hier haben, kleiner als für das ganze Weltmeer. Die höchsten Mengen der Verdunstung im Weltmeer liegen zwischen dem 20. und 10. Grad nördlicher Breite und dem 10. und 20. Grad südlicher Breite; die geringsten Mengen finden sich in den Polargebietern.

Die Aufgaben der Betriebsräte-Organisation

Erste Generalversammlung der freigewerkschaftlichen Betriebsräte Groß-Berlins

Am Donnerstag fand in Klems Festsälen die erste Generalversammlung der freigewerkschaftlichen Betriebsräte des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin statt. Der Vorsitzende des Vollzugsrates, Rietzel, gab der Hoffnung Ausdruck, daß die nun endlich neuorganisierte Organisation der Betriebsräte unter tätiger Mitarbeit aller Mitglieder die ihr gestellten schwierigen Aufgaben erfüllen kann.

Der Sekretär der freigewerkschaftlichen Betriebsräte-Zentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin, Emil Barth, entwickelte dann in einem informativen Vortrag die Aufgaben und Arbeitstellung der Betriebsräteorganisation. Er gab zuerst einen geschichtlichen Überblick über die bisherige Entwicklung der Räte- und der Betriebsrätebewegung nach der Revolution. Im Anschluß hieran legte er dar, daß die Betriebsräteorganisation neben den Gewerkschaften eigene Aufgaben zu erfüllen habe mit dem Ziele, durch planmäßiges Wirken innerhalb der Industrie und Wirtschaftskreise die kapitalistische Produktion zu überwinden.

Bei gewissenhafter Erfüllung ihrer Aufgaben innerhalb der Betriebe werden die Betriebsräte sehr bald einsehen, wie eng verknüpft ihre Aufgabe mit dem der Industrie und der Volkswirtschaft des Reichs ist und wie die Zusammenhänge der Volkswirtschaft des Reichs und darüber hinaus der ganzen Welt sie zwingen, weltwirtschaftlich zu denken. Die Betriebsräte werden dann leicht erkennen, in welchem Zusammenhang Produktion und Bedarf stehen und werden so die Grundlage für die Kontrolle der Produktion finden. Gerade bei dieser Frage werden sie erkennen, daß nicht allein der gute Wille, sondern das realpolitische Denken und Handeln ausschlaggebend sind. Genosse Barth besprach dann ausführlich die gegenwärtige weltwirtschaftliche Lage und kam in diesem Zusammenhang auf weltwirtschaftliche Lage und kam in diesem Zusammenhang auf die Pariser Beschlüsse und die jetzigen Verhandlungen in London zu sprechen. Er stellte sich dabei auf den Standpunkt, daß das deutsche Proletariat für die Entente aufzuwachen hat, durch Beschlagnahme der dem deutschen Volke gestohlenen Güter, deren Werte im Auslandes festgelegt sind, beglichen werden.

Genosse Barth schilderte dann den näheren Aufgabenkreis der freigewerkschaftlichen Betriebsräteorganisation. Produktionskontrolle würde erst dann praktisch durchführbar werden können, wenn die Betriebsräte mit den notwendigen Kenntnissen ausgerüstet sind und die gesamte organische Entwicklung der Wirtschaft überblicken können. Der Gruppenrat muß zu allen Einzelheiten innerhalb seiner Industriezweige in arbeitsrechtlicher und wirtschaftlicher Beziehung Stellung nehmen und in geeigneter Art den Vollversammlungen der Industriegruppen Aufklärung über alle Vorgänge geben. Der Gruppenrat wird aber nicht nur ausführendes Organ sein, sondern auch selbst die Initiative ergreifen müssen, um die Rechte der Betriebsräte sowie der gesamten Arbeiterschaft seiner Industrie zu wahren. Zur sachgemäßen Bearbeitung wirtschaftlicher und wirtschaftspolitischer Fragen muß er kaufmännisch und technisch sowie wissenschaftlich durchgebildete Kräfte — Sachbetreuer — hinzuziehen.

Der Zentralrat hat über die einzelnen Industriezweige hinaus vom allgemeinen Standpunkt der Betriebsräte zu allen arbeitsrechtlichen und wirtschaftspolitischen Fragen Stellung zu nehmen. Er bestimmt das Marschtempo und die Richtung der freigewerkschaftlichen Betriebsräteorganisation. Der Vollzugsrat ist die geschäftsführende Körperschaft des Zentralrates. Er hat die Durchführung der Beschlüsse der anderen Körperschaften zu überwachen. Seine Initiative soll die Tätigkeit der anderen Körperschaften betreffen. Die Aufgaben der Generalversammlung ergeben sich aus den Satzung.

Der Betriebsrätezentrale wird eine wissenschaftspolitische Abteilung angegliedert sein, die durch Anlegung eines wirtschaftlich-wissenschaftlichen Archivs die technisch-organisatorischen Aufgaben zu lösen haben wird. Auch die der Zentrale angegliederte Betriebsräteschule hat eine hohe Aufgabe zu erfüllen. In der Räteschule werden sich die Betriebsräte das notwendige Wissen und die Kenntnisse aneignen, die zur Lösung der ihnen gestellten Aufgaben unerlässlich sind. Wenn die Betriebe von dem Gedanken durchdrungen sind, daß sie nur in triebmäßiger, selbstbewußter Arbeit an die Lösung ihrer Aufgaben herantreten können, dann wird die Möglichkeit geschaffen sein, politische und wirtschaftliche Arbeit für das Proletariat zu leisten. (Lebhafter Beifall.)

Da eine Debatte zu diesem Punkt der Tagesordnung nicht ge wünscht wurde, wurde die Bestätigung der vier von den Gruppenräten gewählten Sekretäre vorgenommen. Ein von Gehmann

gestellter Antrag, eine Neuwahl der Sekretäre in Verhältniswahl vorzunehmen, wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt. Die vier Sekretäre Barth, Guiard, Hildesheim und Frede wurden hierauf bestätigt.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung „Eingelaufene Anträge“ begründete Guiard einen Antrag, zur Überprüfung der Satzungen der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale und Ausarbeitung neuer Vorschläge eine 15-gliedrige Kommission einzusetzen. Die Generalversammlung beschloß demgemäß. Folgender Antrag, den Guiard ebenfalls kurz begründete, wurde gegen wenige Stimmen angenommen:

Die am 3. März 1921 in Klems Festsälen tagende Generalversammlung der Betriebsräte der F. G. R. Z. fordert in Anlehnung an den Beschluß des Bezirks der Gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale vom 2. Februar 1921 die Kollegenschaft auf, bei den kommenden Betriebsrätewahlen nur freigewerkschaftliche Listen aufzustellen. Der Ausschluß von politischen Listen ist mit aller Entschiedenheit entgegenzusetzen. Jedes Kompromiß mit Gewerkschaftsangehörigen, die nicht im A. D. G. B. und A. G. B. organisiert sind, muß im Interesse der Einheit unserer Kampfkraft abgelehnt werden.

Die Betriebsrätewahlen sind bis zum 15. April endgültig vorzunehmen.

Die Versammelten beantragen, daß die Berliner Gewerkschaftskommission und der A. G. B. und, Ortsrat Berlin, in Gemeinschaft mit der F. G. R. Z. einen entsprechenden Aufruf an die Berliner Arbeiter- und Angestelltenchaft erlassen.

Auf Antrag Barth wurde beschlossen, daß auch die Außenbezirke in der Generalversammlung vertreten sein sollen. Leo W. begründete dann eine Entschließung der Erwerbslosen, daß die freigewerkschaftlichen Betriebsräte des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin für die Förderung zur Sicherung des Lebens der Arbeitslosen mit allen Mitteln eintreten sollen. Die Versammlung beschloß auf Vorschlag Barths, diese Entschließung dem Zentralrat zu überweisen, der auf der Grundlage der vom A. D. G. B. aufgestellten zehn Forderungen die Propagierung in den Betrieben vornehmen solle.

Nachdem ein Betriebsratsmitglied der Ambwerte einen Bericht über die vorliegenden Vorgänge gegeben hatte, wurde die Generalversammlung, die im allgemeinen einen sehr würdigen Verlauf nahm, vom Vorsitzenden Rietzel geschlossen.

Reichsrat

Die Kommissionen gegen die Sparfamkeit in der Verwaltung. — Erhöhung der Zuckerteuer

Der Reichsrat verabschiedete gestern endgültig den Etat für 1921. Auf die Verabschiedung dieses vorläufigen Haushaltsplanes noch vor Ostern wird gerechnet. Später soll dann ein Nachtragsetat folgen, der erst die Änderungen im einzelnen bringen wird.

Der Reichsrat, Min-Direktor Sachs, äußerte sich ferner über die neuerdings wieder angeschnittene Frage der Sparfamkeit in der Verwaltung. Der Haushaltsplan für 1921 entspricht inhaltlich nicht der Erwartung des Reichsrats in bezug auf Sparfamkeit, er enthält die gleichen Ansätze wie für 1920. Ueber die Sparfamkeit des Reichskommissars für Ersparnisse, der, wie der Referent bestätigte, sein Amt niedergelegt hat, ist den Ausschüssen des Reichsrats am Mittwoch Auskunft erteilt worden. Der Reichskommissar hat eine Denkschrift vorgelegt mit allgemeinen Richtlinien über Sparfamkeit in der Verwaltung und mit Vorschlägen organisatorischer Art. Diese Denkschrift soll von der Regierung ihren weiteren Erörterungen der Sparfamkeitsfrage zugrunde gelegt werden. Erfolge auf dem Gebiete der Einsparung des Verwaltungsapparats konnten bisher nicht mitgeteilt werden. Die Aufgaben des Reichskommissars sind im wesentlichen als geleitet anzusehen, und es ist kostbare Zeit ohne Erfolg verstrichen. (Und viel Geld verlorengelassen für das Gehalt des Mannes, das den Ministern abgezogen werden sollte! A. D. F.) Nunmehr hat das Reichskabinett beschlossen, den Weg der Kommissionen zu beschreiten. Für eine sogenannte kleine Abteilung d. h. für die Vereinfachung des Verwaltungsapparats, wird eine Kommission von sechs Staatssekretären gebildet, unter dem Vorh. des Reichsministers des Innern. (Was noch mehr kostet und nur den Zweck hat, die Strukturen oberer Beamten zu erhalten. A. D. F.)

Die allgemeinen Fragen, insbesondere der Organisation, sind einer anderen Kommission vorbehalten, die gleichfalls unter dem Vorh. des Ministers des Innern steht. Sie zählt 18 Mitglieder, von denen sechs von der Regierung ernannt werden. Je weitere sechs stellt der Reichstag und der Reichsrat. Auf dem Wege dieser Kommissionen ist, wie der Referent hervorhob, eine baldige Wirksamkeit nicht zu erwarten, denn Kommissionen pflegen langsam und bedächtig zu arbeiten,

und dem Zeitpunkt ihrer Arbeiten wird es auch nicht förderlich sein, wenn sie aus Mitgliedern bestehen, die mit anderen Arbeiten überlastet sind. Wirkliche Abhilfe kann nach Ansicht des Referenten nur von einer einzigen tatkräftigen Persönlichkeit kommen, der die nötigen Nachbefugnisse eingeräumt werden. (Also wieder ein anderer Sparfamkeitsdiaktor! A. D. F.) Es mühe wieder ein Reichskommissar bestellt werden, dem allerdings auch der gebührende Einfluß einzuräumen wäre. Zunächst soll, und das kommt auch in dem neuen Etatgesetz zum Ausdruck, durch zwei Maßnahmen eine Ersparnis herbeigeführt werden. Eine

Berringerung des Beamtenkörpers um ein Viertel

soll im Laufe der Zeit dadurch herbeigeführt werden, daß von den planmäßigen Beamtenstellen im Fall ihres Freiwerdens nur jede zweite wieder besetzt werden darf, bis ein Viertel der gleichen Stellen derselben Gattung fortgefallen ist. Ausgenommen sind aber Staatssekretäre, Ministerialdirektoren und Dirigenten in Ministerien. Sonstige Ausnahmen können die Reichsminister im Einvernehmen mit dem Finanzminister zulassen.

Der Etat für 1921 selbst bringt ohne Einrechnung der Eisenbahnen, der Post- und Reichsbank einen Fehlbetrag von 3,2 Milliarden. Wir leben also, so lagte der Berichterstatter, vom Kapital. Der Gesamtschuldbetrag von 29,9 Milliarden, für den ein Anleihekredit verlangt wird, vergrößert sich noch durch Zuschüsse von 11,7 Milliarden für die Eisenbahnen und 2 Milliarden für die Post, die aus allgemeinen Mitteln genommen werden müssen. Schon jetzt ist demnach für den neuen Etat 1921 mit einem Fehlbetrag von 43,8 Milliarden Mark zu rechnen.

Eine Debatte entsand sich weiter nicht. Das Plenum des Reichsrats genehmigte den neuen Etat mit dem Etatgesetz nach den Beschlüssen der Ausschüsse.

Es folgte eine Novelle zum Zündwarensteuergesetz. Nachdem der Reichsrat am 21. März 1921 ein Gesetz über die Zündwaren eingeleitet worden. Es sind nun eingehende Erhebungen angestellt worden, wie es mit dem Nutzen eines solchen Monopols für das Reich und mit den wirtschaftlichen Folgen bestellt sein würde.

Auf Grund des gesammelten Materials soll nunmehr die Bestimmung über die Monopolisierung der Herstellung von Zündwaren rückgängig gemacht werden. Es soll bei der bisherigen Steuerbasis verbleiben. Die Ausschüsse des Reichsrats haben sich eingehend mit der Vorlage beschäftigt und sich schließlich auf der ganzen Linie auf den Standpunkt der Regierung vorliegend gestellt. Das Plenum des Reichsrats nahm den gleichen Standpunkt ein.

Der Reichsrat stimmte der Verlängerung des Kohlensteuergesetzes, dessen Gültigkeitsdauer am 31. März abläuft, um ein halbes Jahr bis Ende September 1921 zu. — Ohne Erörterung stimmte der Reichsrat der Erhöhung der Zuckersteuer von 14 Mark auf 100 Mark für den Doppelzentner zu. Auch das Süßholzwahlgesetz wurde entsprechend geändert. — In vorhergehender Stunde erledigte der Reichsrat in einer zweiten Sitzung noch das Jugendwohlfahrtsgesetz.

Zollerhöhungen in Chile. Der chilenische Kongress beschloß, die Einfuhrzölle um 50 Prozent zu erhöhen; nur für einige Artikel, insbesondere Lebensmittel, wird der Zoll nicht erhöht, dagegen für Luxusartikel und Genußmittel durchschnittlich um 100 Prozent und mehr. Das Gesetz tritt sofort in Kraft.

Groß-Berlin

Genossenschaftliche Fischversorgung

Die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumverleiher m. b. H. Hamburg, hat sich auf dem Gebiete der Lebensmittelbeschaffung und -verarbeitung ein neues Tätigkeitsfeld erschlossen und damit einem lang gehegten Wunsch der organisierten Konsumenten und Konsumvereinsleitungen Rechnung getragen. Am 1. Februar 1921 eröffnete die Großeinkaufs-Gesellschaft in Geestmünde, dem größten Fischhandelsort Deutschlands, einen Fischhandelsstand. Durch die Errichtung eigener Einkaufs- und Versandkontoren kann die Großeinkaufs-Gesellschaft unter Ausnutzung jeglicher Zwischenhandels alle einlaufenden Aufträge der Konsumvereine schnellstens erledigen. Vom Tage der Eröffnung an wird das gesamte Fischgeschäft der Großeinkaufs-Gesellschaft von der Geestmünder Zentrale aus geregelt. Durch den direkten Einkauf auf den Auktionen im dortigen Fischereihafen ist die Großeinkaufs-Gesellschaft in der Lage, aus erster Hand einzukaufen und ihren Genossenschaftsmitgliedern die besten Waren zum niedrigsten Tagespreise zu liefern. Dadurch wird den Konsumvereinen die Möglichkeit gegeben, auch auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung mit Frischfischen preisgünstig zu wirken.

Unbestritten entstehen bei der Lösung dieser Aufgabe manchen Konsumvereinen bzw. für manche Warenverteilungsstellen zunächst noch Schwierigkeiten, denn bekanntlich vertragen sich Kaffee, Butter und andere Lebensmittel sehr wenig mit Fischen, selbst auch dann noch nicht, wenn letztere nicht mehr zu den Liebenden gehören, denn der eine oder der andere kommt dabei zu unangenehmem Geruch. Doch auch diese Schwierigkeit wird behoben werden können durch Schaffung besonderer Einrichtungen, sei es durch Sonderverkauf an bestimmten Tagen vor Beginn der allgemeinen Verkaufstätigkeit oder durch Verkauf der Fische in abgepackten Räumen.

Nach bewährten genossenschaftlichen Grundsätzen will die Großeinkaufs-Gesellschaft jedoch nicht nur „selbst Kaufmann“, sondern auch „selbst Fachmann“ sein. Nachdem die Konsumenten organisiert sind, kann die Organisation den Bedarf feststellen, so auch in der Fischversorgung. Nach Feststellung und Dedung des Bedarfs an Frischfischen ist der gleiche Weg möglich zur Versorgung mit geräucherter und marinierten Fischen. Hier muß der Fabrikant dem Kaufmann folgen. Küher dem bereits in Betrieb befindlichen Fischhandelsstand eröffnet die Großeinkaufs-Gesellschaft in kürzester Zeit eine eigene Fischräuchererei und Mariniererei. Wie der Fischhändler der Großeinkaufs-Gesellschaft im größten Fischhandelsorten Deutschlands, in Geestmünde, seinen Sitz erhielt, so wird am Hauptort der deutschen Fischindustrie, in Altona, die Fischräuchererei und Mariniererei der Großeinkaufs-Gesellschaft ihren Betrieb aufschlagen.

Die Erhöhung der Eisenbahntarife und die Jugendpflege

Eine der wichtigsten Aufgaben der Jugendpflege war bisher die Förderung des Jugendwanderns. Neben rein gesunde heitlichen Gesichtspunkten spielen dabei auch pädagogische Momente eine Hauptrolle. Denn durch das Wandern besteht die Möglichkeit, alle die schönen Gegenden Deutschlands, welche bisher nur die Jugend der besitzenden Klassen zu sehen Gelegenheit hatte, auch der Jugend der arbeitenden Bevölkerung zu zeigen. Von Jahr zu Jahr vergrößerte sich die Zahl der Schüler und Schülerinnen, welche zum Teil durch Unterstützung des Zentralvereins für Schülerwanderungen, zum Teil auch aus öffentlichen Mitteln selbständige Wanderungen an die See, in den Harz, die sächsische Schweiz und andere Gegenden machten. So war es z. B. dem Jugendamt Neukölln möglich, im vergangenen Sommer ca. 1000 Schüler und Schülerinnen für den billigen Preis von 65 M. einchl. Fahrgehalt und Verpflegung je sechs Tage in die deutschen Mittelgebirge auf die Wanderschaft zu schicken. Und in diesem Jahre sollte sich die Zahl der Kinder noch steigern. Alle Vorbereitungen sind getroffen. Da trifft uns

dürfte wohl am Plage sein. Das ist eine ganz feine Marke. Auf dem Theaterzettel preist er keine Bücher folgendermaßen an: „In der Buchabteilung unseres Verlages erschien soeben das hochinteressante Lehrbuch: „Darf die Frau erbeben?“ von Werner Treuenfels. Es ist dies der erste Band der Serie: „Fragen der Menschheit.“ Band 2 heißt: „Wie ich die Ehe brauche.“ Dieser Band enthält die Antworten der Frauen auf Band 1. Beiträge hierfür sind bis Ende April an den Verlag einzuliefern. (1) Die psychologisch und inhaltlich interessantesten werden veröffentlicht. Strengste Verschwiegenheit ist selbstverständlich.“

Proletarische Feiern. Am Sonntag, den 6. März, vormittags 11 Uhr, findet im Großen Schauspielhaus, Karlstraße, die nächste Veranstaltung statt. Es werden mit: Lilla Durieux, Regitator; Margarete Wellhoener, Leiterin des Sprechchores; Dr. Norbert Einstein, Frankfurt a. M., Ansprache; Walter Richterfeld, Gensang; Alfred Wittenberg, Violone; Konrad Löwe, Orgel; der Sprecher, Männerchor des Arbeiter-Sängerbundes. Zur Einführung kommt Ernst Tollers Dichtung „Der Tag des Proletariats.“ Karten zu 3 M. sind in der Buchhandlung „Freiheit“, Breite Straße 8-9, in Neukölln in den „Freiheit“, Expeditionen Emser Straße 33 und Kedarstraße 3 und bei den Funktionären zu haben. Die zum 12. Februar gelösten Karten haben für diese Veranstaltung Gültigkeit. Garderobe 40 Pf.

Tages-Notizen

Veranstaltungen von Neukölln. Sonntag, 6. März, 7 Uhr, Reichshaus Hobbs-straße 14-15, bellist. Kammermusikabend. Mitwirkende: Professor Pappert-Rohr (Klavier), Professor Gschwind (Gitarre), Alfred Wittenberg (Violine). Programm: Mozart: Trio G-Dur; Brahms: Sonate G-Dur, für Klavier und Violine; Mendelssohn: Trio G-Dur op. 49, Partita, 2 M., bei den durch den Schulanlass bekannten Verkaufsstellen und Rathaus, Zimmer 218.

Veranstaltungen von Neukölln: Sittliche Jugendarbeiten. Helfertstraße 7/9: Haus, Freitag, 7 1/2 Uhr, Volkstümlicher Singspielabend. Werke von Hans Sachs, Th. Körner, Robert Schlegel.

Veranstaltungen von Neukölln: Zwei Besessene. Klubsabend Sonntag, den 6. März, und Sonntag, den 13. März, 4 1/2 Uhr, in der Aula der Gemeindegewerkschaft: Leo Kerner, Musikreferent im Kultusministerium, Nicolas Samokhin (Violone), Gottl. Zeisler (Gitarre), Theodor Fied (Klavier). Zur Dedung der Rollen wird für beide Abende 2 M. erhoben. Billets an der Kasse und bei den Verkaufsstellen des Odes.

Sittliche Jugendarbeiten in Charlottenburg. Das Wandertier-Quartett (Mitglieder des Deutschen Opernhauses) veranstaltet am 6. März und am 24. April, 11 Uhr vorm., im Deutschen Opernhaus, Charlottenburg, Sonntag, Karten zum Preise von 5, 3 und 2 M. Neuköllner Besucher erhalten sie im Hoffstellungsamt Rathaus, Zimmer 218, und bei Bobing, Realitäts, Vergl. 43.

Veranstaltungen: Olga Bajan liest Sonntag, mittags 12 Uhr, in der Leibniz-Gebäude und Kapellen von Wehling und Kladow.

Genosse „Margarete“ im Deutschen Opernhaus. Nicht Bezauberung und Kulturinn leiht die Köpfe, sondern Konkurrenzstieber treibt das Hirnrad. Solange Kultur und Kapitalismus als parallele Kräfte wirken, ist Kunst vom Betrieb und Unternehmertum nicht zu trennen. Wären die beiden Opernhäuser in Berlin nicht reine Unternehmerräuber, die in der gegenseitigen Ueberbietung ihren Profit suchen, wieviel Fröhliches und Positives könnte durch eine ergänzende Zusammenarbeit geleistet werden. Aber kaum kündigt das Deutsche Opernhaus eine Neueinstudierung an, sofort erscheint daselbst ein oder zwei Tage vorher im Repertoire der Staatoper. Und welches sind die Konkurrenzobjekte, für die der ungeheure Aufwand an Reingehaltungsmaterial verschwendet wird? Vor einiger Zeit war es „Mignon“ von Thomas, diesmal heißt die Ware „Margarete“. Ausgerechnet dieses literarische Kopierprodukt mit einem Minimum an musikalischer Essenz. Nach man sich außerdem noch mit der unabwehrbaren Länge der Bewandlungen und Hertha Stollenbergs abfinden, die trotz der üblichen besetzten Töne in den letzten Szenen überflüssig und darstellerisch ein ganz unmögliches Geschehen abgibt, und kommt dazu Änderung durch die provinzielle, gefangene und mimisch vererbete Regiegestalt eines Ernst Lehmann und die verzerren, jedem Stimmfinden widerstrebende Tomblidung Rudolf Laubenthal. So lohnt es sich für den Menschen mit Rufgeschmack wirklich nicht, über vier Stunden im Theater zuzubringen, um ein paar nette Tanzbilder einer bürgerlich kitschig ausgestatteten Bacchanal-Szene mit einigen interessanten Lichteffekten und eine abgerundete, wenn auch nicht gerade erleuchtende Leistung Jacques Binks als Valentin in guter Erinnerung mit nach Hause zu nehmen.

Wie kein anderer Kunstzweig ist gerade die Opernliteratur eine Fundgrube persiflierender Kostbarkeiten. Man schämt sich der geistigen Trägheit mit brennenden Vorschlägen ins Geleise zu fahren, aber es muß offen ausgesprochen werden, daß gerade im Opernkunst wie auf keinem anderen Kunstgebiete organisatorische Unfähigkeit an führender Stelle steht. Nicht die schlechte Konjunktur ist an der zunehmenden Schablonisierung Schuld, sondern die geringe geistliche Regsamkeit. Wo es gilt, den zugänglichen Geist mit Schund zu überfrachten, da hat der Propagandaapparat den Gipfelpunkt an Raffinerie erreicht; wo aber Propaganda als kulturelles Mittel zur intensiveren Erziehung und Auffklärung nutzbar gemacht werden könnte, verfaßt sie bis jetzt noch gänzlich. Abwärts gerichtete Geschmacksakklimatisation aus Geschäftsbequemlichkeit versucht immer vergeblich das gesamte Theaterwesen. F. S. Windisch

Sturm und Drang-Bühne. Unter diesem Namen hat der bisher unbekannte Bohemerverlag eine Versuchsbühne eröffnet, auf der unbekannter Werke unbekannter Autoren einem kleinen Kreise vor allem der Kritik vorgeführt werden sollen. Für den Eröffnungabend hatte man einen recht unbedeutenden Einakter von Karl Hauptmann gewählt und ein völlig wertloses Nachwerk des mehr als hundert Jahre alten, wirklich völlig toten S. L. Wagner. Hat diese Versuchsbühne nichts Wertvolleres zu zeigen, so braucht man kein Wort weiter über sie zu verlieren. Aber ein Wortchen über den Verlag, der das Ganze inszeniert

ein Vorschlag aus dem Himmel die Meldung von der bevorstehenden Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise ein. War es bisher den Kindern schon kaum möglich, die Gelder zusammenzubekommen, — der Fahrpreis betrug bisher schon über die Hälfte der gesamten Kosten — so dürfte jetzt den Schulwanderungen ein gewaltsames Ende bereitet sein. Was nützen alle noch so schönen Verfügungen des Wohlfahrtsministeriums in bezug auf die Jugendpflege, wenn dieser wichtige Zweig der Jugendpflege unterbunden wird. Wir verlangen in letzter Stunde noch Umkehr auf diesem der Jugend so verderblichen Wege. Für die Jugendpflege, für Schüler und schulfähige Jugend müssen die alten Fahrpreise bestehen bleiben, es ist eine Lebensfrage für die Jugend.

Lehrer und Elternschaft

Nach Erlassen des Unterrichtsministers soll den Eltern Gelegenheit gegeben werden, am Unterricht teilzunehmen und sich zu überzeugen, wie der Unterricht gestaltet ist. Diese Bestimmung sollte die Beziehungen zwischen Schule und Haus enger schließen, sie ist aber manchen Lehrpersonen ein Dorn im Auge, wie es auch die Einrichtung der Elternbeiräte ist. Der Rektor Fromm von der 208. Gemeindeschule, weigert sich beispielsweise, ein Mitglied des Elternbeirats zum Unterricht zuzulassen und ein Klassenlehrer, ein sonst sehr verständiger Mann, erklärte, daß ein Konferenzbeschluss vorläge, in Zukunft den Ministerialerlass unberücksichtigt zu lassen. Deshalb weigerte er sich, daß ein Vater dem Unterricht beiwohnen konnte und als doch das Mitglied des Elternbeirats sich in die Klasse begab, forderte der Lehrer die Entfernung unter Hinweis auf den Hausfriedensbruchparagraphen.

Die Aufsichtsbehörden hätten alle Ursache, darauf zu dringen, daß die Ministerialerlässe beachtet werden, sonst haben alle im Interesse der Eltern erlassenen Bestimmungen keinen Wert.

Der Prozeß Sonnenfeld

Die gestrige Verhandlung verlief in derselben einseitigen Art wie bisher. Zunächst handelte es sich immer noch um die bereits vielfach erwähnten Ueberpreise, durch die Ernst Sonnenfeld und Hauptmann von Frankenberg einen Betrag gegenüber dem Reichsfiskus begangen haben sollen. Dazu wurde der Intendanturatt Rütke ausführlich als Zeuge vernommen. Nach der Angabe des Zeugen ist der Reichsfiskus durch die Ueberpreise in seinem Vermögen eigentlich nicht beeinträchtigt worden, vielmehr sind die Soldaten, die in den Kantine infolge der Ueberpreise zu höheren Preisen kaufen mußten, die Geschädigten. Auf Befragen des Rechtsanwaltes Kießel bestätigt der Zeuge auch, es sei wiederholt festgestellt worden, daß die Soldaten die in den Kantine erworbenen Lebensmittel mit Gewinn wieder verkauft hätten. Dabei bildeten die verschiedenen Bankkonten des Herrn Sonnenfeld den Gegenstand der weiteren Verhandlung. Es ergab sich, daß Hermann Sonnenfeld bei den verschiedenen Banken wie der Seehandlung und anderen, Konten auf die Namen seiner einzelnen Familienmitglieder angelegt hatte. Hermann S. erklärte dies in der Hauptsache mit „Steuerrückfragen“, da die Steuern immer höher gestiegen wurden, je größer das einzelne Vermögen sei.

Jugendweihe in Reuslän. Am Sonntag, den 13. und Sonntag, den 20. März 1921, vormittags 9 Uhr, finden die Jugendweihen der U. S. V. Reuslän im großen Festsaal der „Neuen Welt“, Hafenside, statt. Mitwirkende: Das Hoff-Trio, Frau Dora Moran, Kammerfängerin, der Arbeiterkinderchor Reuslän, Genosse Schneider (Weißherbe). Die Kartenausgabe erfolgt am Sonnabend, den 5. März, für den 13. März nachmittags von 4—5 Uhr, für den 20. März nachmittags von 6—7 Uhr im Jugendheim, Münchener Straße 52 L. Gastkarten zum Preise von 2.50 M. einschließlich Garderobe sind in den beiden „Freiheit“-Spekulationen zu haben. Anmeldungen zum 13. März werden am Sonnabend noch

entgegengenommen. Ebenfalls wollen sich alle die Angemeldeten, welche noch keine Einladung erhalten haben, dort melden.

Arbeiterkinderchor Reuslän. Sonntag, den 6. März, vormittags 10 Uhr, im großen Saal der „Neuen Welt“, Hafenside, Hauptprobe zur Jugendweihe. Alles muß pünktlich erscheinen.

Vorausichtiges Wetter für Berlin und Umgegend am Sonnabend. Veränderlich, überwiegend trübe mit Niederschlägen und ziemlich kalten westlichen Winden. Etwas wärmere Nacht und wenig veränderter Tagestemperatur.

Gewerkchaftliches

Streik bei der Mitropa

Die Angestellten der Mitropa sind am Donnerstag früh in den Streik getreten. Von der Zentralstreikleitung erhalten wir folgende Mitteilung: Seit Mitte Januar befindet sich in Händen der Direktion ein Entwurf zur Erneuerung des Reichstarifvertrags. Am 1. März wurde endlich von der Direktion ein Gegenentwurf der Gewerkschaft übermittelt und gleichzeitig die Tarifverhandlungen zum 2. März angehängt. Hierbei erklärte die Direktion, daß sie auf der Grundlage der Anstellungsforderung nicht bereit sei zu verhandeln. Der Gegenentwurf der Direktion ließ in allen seinen Teilen erkennen, daß man gewillt war, wesentliche Verhältnisse zu ändern auch in bezug auf die Löhne durchzuführen. Die Gewerkschaftsvertreter empfahlen wiederholt, alle vorliegenden Entwürfe der Verhandlung zu Grunde zu legen. Die Direktion bestand jedoch darauf, daß ihre Vorschläge über die Regelung des Manteltarifs ohne Beratung anerkannt werden. Sie drohte sogar, wenn dies nicht geschähe, mit anderen Organisationen einen Tarifvertrag zu tätigen. Dies bedeutete die Ablehnung der Forderung der Angestellten und den Eintritt in den Streik. Auf Grund der letztangeführten Tatsachen war es auch nicht möglich, die Angestellten zur Annahme einer Schlichtungsinstanz zu bewegen. Am ersten Streiktag sind bereits die Speisewagen ohne Proviant abgefahren, bisher stehen nur die Berliner Angestellten im Streik. Die Direktion erklärt zwar nunmehr, Verhandlungen über den gesamten Tarifvertrag beginnen zu wollen, verlangt jedoch vorher den Abbruch des Streiks. Dies wird aber von den Angestellten auf das entschiedenste abgelehnt. Wegen dieser Stellungnahme der Direktion besteht die Gefahr der Ausdehnung des Streiks auf den gesamten Betrieb im Reich. Am Freitag vormittag wird eine Sitzung des Komitees der im Gastwirtschaftsgewerbe vertretenen Arbeitnehmerorganisationen zu der Lage Stellung nehmen.

Technisches Bühnenpersonal

Am 25. und 26. Februar 1921 tagte in Berlin eine vom Deutschen Transportarbeiter-Verband einberufene Reichskonferenz des technischen Bühnenpersonals, die sich mit den Lohn-, Arbeits- und Organisationsverhältnissen dieser Gruppen beschäftigte. Die Konferenz stellte fest, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen verschieden geregelt sind, so daß bei den Löhnen in den einzelnen Orten eine Spannung von zirka 200 Prozent besteht. Leider ist das technische Bühnenpersonal noch immer in verschiedenen Verbänden organisiert, so daß infolge dieser Zerstückelung die Schaffung eines Reichstarifs unmöglich ist. Die Konferenz nahm einstimmig eine Resolution an, die sich grundsätzlich für die Schaffung eines Reichstarifs ausspricht. Da jedoch in den Provinzorten das Organisationsverhältnis unter den Berufsangehörigen noch nicht genügend geklärt ist, im übrigen eine Zerstückelung besteht, nimmt die Konferenz von der Schaffung eines solchen Abstand. Diesbezügliche Beschlüsse zu fassen, soll einer späteren Konferenz vorbehalten bleiben. Bis dahin sollen wie bisher Orts- resp. Bezirkstarife abgeköllten

und grundsätzlich der Wochentag durchgeführt werden.

Zur Frage der Einheitsorganisation stimmte die Konferenz einstimmig einer Resolution zu, die besagt, daß dies im Augenblick nicht durchführbar ist. Die Konferenz hält aber ein solches Zusammenarbeiten aller hier in Frage kommenden Gruppen des Bühnenpersonals für dringend geboten. Die Kollegen und Kolleginnen in den Theatern der verschiedenen Städte sollen dem Deutschen Transportarbeiter-Verband zeitlos beigetreten werden. Sehr eingehend beschäftigte sich die Konferenz dann mit der Frage der Reise- und sonstige folgenden Beschlüsse:
Die technischen Bühnenarbeiter leben in dem 1. Mai einen historisch gewordenen Gedentag, dessen Feier den Beschlüssen der hier in Frage kommenden Instanzen entsprechend einheitlich durchzuführen und von jedem Bühnenarbeiter zu beachten ist. Falls jedoch die Gewerkschaften oder die sozialdemokratischen Parteien die Theater am 1. Mai, zwecks Aufzählung entsprechender Stücke festmachen, sind die Bühnenarbeiter gewillt, die erforderlichen Arbeiten auszuführen.

Tipser. Zu der in Nr. 96 erschienenen Notiz werden wir gebeten, berichtigend mitzuteilen, daß das Flugblatt der Opposition zu Unrecht die bezeichneten Genossen alle als Kommunisten anprangert. Die Wahrheit ist folgende: Auf dem Flugblatt ist ein Rechtssozialist, ein Unabhängiger und ein Kommunist, alle anderen waren in der Mehrzahl Unabhängige und sind seit der Spaltung parteilos. Da unser Aktionsvorstand mit einer Ausnahme aus lauter entragierten Rechtssozialisten besteht, erübrigt es sich wohl, auf den anderen Inhalt der Notiz einzugehen. Die Opposition in unserem kleinen Verband will nur ihre eigene Vorkriegszeitung und schärfere Bekämpfung der Unternehmer herbeiführen.

Verbindlich erklärter Tarifvertrag! Der am 14. Oktober 1920 abgeschlossene Tarifvertrag für die Angestellten der Krammatten-Abteilung, ist vom Reichsarbeitsministerium mit Wirkung vom 1. Juli 1920 für die Stadtgemeinde Groß-Berlin für allgemein verbindlich erklärt worden. Gedruckte Tarifverträge sind im Bureau des Zentralverbandes der Angestellten, Belle-Alliance Straße 7-10, erhältlich.

Aus den Organisationen

- Freitag, 4. März**
Christienburg. Die Gruppen werden ersucht, die Funktionärskarten zu besorgen. Heute abend vom 8. bis 10. Uhr, Köpenicker Straße, 10. 7 Uhr Schlichtungssitzung in der Strohstraße.
- Sonnabend, 5. März**
19. Verwaltungskomitee (Pankow). Sitzung der gemeinsamen Kommission mit dem Bezirksverbanden in Pankow, Rathaus, Zimmer 17, 6 Uhr abends.
5. März, 2. Abt. 7 1/2 Uhr Funktionärssitzung bei Schwanke.
7. März, 3. Abt. 7 1/2 Uhr Funktionärssitzung der Bezirksführer mit dem Mann der Agitationskommission des Knapp, Grünhalden Str. 6.
Wilmersdorf, Schwergarten, Grunewald. Die Funktionäre sollen die Ausschüsse für die Sonntag funktionierende Komitees zwischen 6-7 Uhr bei Schilling, Dänischer Straße, ab.
Wilmersdorf. Abends 7 1/2 Uhr Funktionärssitzung bei Strelitz.
Reuslän, Erik, Wilmersdorf, Köpenick. Die Hochschätzung findet heute abend, sondern erst am Sonntag abend 7 Uhr im Rathaus statt.
Wilmersdorf. Abends 7 1/2 Uhr Sitzung des Komitees für Funktionäre, Schlichtungsämter, Gruppenführer, Schlichtungsämter bei Reumann, Christienburger Straße 16.
- Sonntag, 6. März**
Delitzschgruppe. Straßener Bericht, Wanderung nach Cetsch. Treffpunkt morgens 7 1/2 Uhr Bahnhof Straßer-Rummelberg.

Bereinskalender

- Sonntag, 6. März**
Freizeitliche Gemerbe. Vorm. 11 Uhr im Rathaus, Köpenicker Straße, Vortrag des Herrn Dr. H. Hoff: Ueber die Kette. Harmonium: Tu dir die Red. (Schubert.) 6 1/2 Uhr willkommen.
- Verantwortlich für die Redaktion: Emil Reichold, Berlin. Druckort: Berlin, Unter den Eichen 21. Druckverlag: Verlagsgesellschaft „Freiheit“, G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit“ Druckerei G. m. b. H., Berlin G. 2, Breite Straße 8-9.

Tüchtigen politischen Redakteur
sucht zum 1. April die „Republik“. Bewerbungen, wenn möglich mit Stillsproben, sind bis zum 10. März, an den Vorsitzenden der Preßkommission, Oenossen Adolf Starke, Kiel, v. d. Horststr. 5, zu richten.

Buchhandlg. „Freiheit“, Berlin G. 2, Breite Str. 8-9
Für die demnächst stattfindenden **Neuwahlen der Betriebsräte** empfehlen wir **Das Gesetz über Betriebsräte** mit Wahlordnung und Anhang. Erläutert von S. Anshäuser. / Preis 4 M.
Wahlordnung zum Betriebsrätegesetz Preis 50 Pfennig.
Der Betriebsobmann im Kleinbetrieb von Rudolf Wed, Arbeiterschr. Preis 2.50 M.
Voranzelge:
In den nächsten Tagen erscheint **Handbuch für Betriebsräte** von Rud. Wed, Arbeiterschr. in Königsberg/Pr. **Unentbehrlich für Betriebsräte, Obleute, Gewerkschaftsfunktionäre und Beisitzer von Schlichtungsausschüssen.** Preis für die Organisationen 10.— Mark (im Buchhandel 15.— Mark).

Gäle
Für Versammlungen, 50-200 Personen
aus Verlegung u. Hackascher Hof, Rosenfelder Str. 40/41 u. Kochstr. 2215

Stoffe
Für Herren-Kleidung, Hülsen, Pantalons, Sammet-Rokos, etc.
Meter 50.—, 100.—, 150.—, 200.— Mark.
Für langjährige Verbindungen mit altem Stoffen
Fachwissen bilden für preiswerte, gute Qualitäten.
Koch & Seeland G. m. b. H.
Geogr. 1923, Gertrudenstr. 20-21. Geogr. 1923.

Arbeiter - Wäsche
zu Fabrikpreisen
Männer- und Frauen-Hemden 25.— bis 40.— M.
Werkstatt-Hemden, farbige 25.— M.
Unterhosen für Frauen, farbige 24.— M.
Keine Reklamare !! Bitte Seriarbeitung
Nur Wochentags zwischen 5 bis 8 Uhr
Herbert Epstein, Charlottenburg I
Tauroggenor Straße 9, Portal I, 2 Treppen
am Luisenplatz
Kahnenverbindungen: Linie 8, 9, 10, 13, 14, 164.
Teleph.: Jungfernstraße 21. Informat als Hausweis mitbringen.

Oberlandesgerichtsrat
erwerb. sachgemäße Rechtsberatung, Abwicklung schwieriger Fälle. Ehe, Alimenten, Versorgungsachen, Erbschaften.
Potzdamer Straße 115. Sitzung 2404. Direktor Jakob.

Kleine Anzeigen
Annahme in allen Epititionen des Verlages
Das Ueberschreibenswort 2.— Mkt., jedes weitere Wort im Erg. 1.50 Mkt. netto.
Verlangungswort: Ueberschreibenswort 1.50 Mkt., jedes weitere Wort im Erg. 1.— Mkt.

Verkäufe
Wettwätsche billige Gegenstände
Wettwätsche billige Gegenstände
Wettwätsche billige Gegenstände
Wettwätsche billige Gegenstände
Wettwätsche billige Gegenstände

Fahrräder
Reifen, Schläuche, Felgen
Reifen, Schläuche, Felgen
Reifen, Schläuche, Felgen
Reifen, Schläuche, Felgen
Reifen, Schläuche, Felgen

Anfielungen
Wandbild, Wanduhr, Wanduhr
Wandbild, Wanduhr, Wanduhr
Wandbild, Wanduhr, Wanduhr
Wandbild, Wanduhr, Wanduhr
Wandbild, Wanduhr, Wanduhr

Wettwätsche
Wettwätsche billige Gegenstände
Wettwätsche billige Gegenstände
Wettwätsche billige Gegenstände
Wettwätsche billige Gegenstände
Wettwätsche billige Gegenstände

Kaufgefuche
Kaufgefuche billige Gegenstände
Kaufgefuche billige Gegenstände
Kaufgefuche billige Gegenstände
Kaufgefuche billige Gegenstände
Kaufgefuche billige Gegenstände

Selbstbau
Selbstbau billige Gegenstände
Selbstbau billige Gegenstände
Selbstbau billige Gegenstände
Selbstbau billige Gegenstände
Selbstbau billige Gegenstände

Wettwätsche
Wettwätsche billige Gegenstände
Wettwätsche billige Gegenstände
Wettwätsche billige Gegenstände
Wettwätsche billige Gegenstände
Wettwätsche billige Gegenstände

Tiermarkt
Tiermarkt billige Gegenstände
Tiermarkt billige Gegenstände
Tiermarkt billige Gegenstände
Tiermarkt billige Gegenstände
Tiermarkt billige Gegenstände

Wettwätsche
Wettwätsche billige Gegenstände
Wettwätsche billige Gegenstände
Wettwätsche billige Gegenstände
Wettwätsche billige Gegenstände
Wettwätsche billige Gegenstände

Ein unentbehrliches Notizbuch ist der U. S. V. Taschenkalender 1921
Gut gebunden 4.— Mark
(Organisationen erhalten Preisermäßigung.)
BUCHHANDLUNG „FREIHEIT“
BERLIN G. 2, Breite Straße 8-9

Wettwätsche
Wettwätsche billige Gegenstände
Wettwätsche billige Gegenstände
Wettwätsche billige Gegenstände
Wettwätsche billige Gegenstände
Wettwätsche billige Gegenstände

Möbel
Möbel billige Gegenstände
Möbel billige Gegenstände
Möbel billige Gegenstände
Möbel billige Gegenstände
Möbel billige Gegenstände

Wettwätsche
Wettwätsche billige Gegenstände
Wettwätsche billige Gegenstände
Wettwätsche billige Gegenstände
Wettwätsche billige Gegenstände
Wettwätsche billige Gegenstände

Wettwätsche
Wettwätsche billige Gegenstände
Wettwätsche billige Gegenstände
Wettwätsche billige Gegenstände
Wettwätsche billige Gegenstände
Wettwätsche billige Gegenstände

Wettwätsche
Wettwätsche billige Gegenstände
Wettwätsche billige Gegenstände
Wettwätsche billige Gegenstände
Wettwätsche billige Gegenstände
Wettwätsche billige Gegenstände

Wettwätsche
Wettwätsche billige Gegenstände
Wettwätsche billige Gegenstände
Wettwätsche billige Gegenstände
Wettwätsche billige Gegenstände
Wettwätsche billige Gegenstände

Wettwätsche
Wettwätsche billige Gegenstände
Wettwätsche billige Gegenstände
Wettwätsche billige Gegenstände
Wettwätsche billige Gegenstände
Wettwätsche billige Gegenstände

Wettwätsche
Wettwätsche billige Gegenstände
Wettwätsche billige Gegenstände
Wettwätsche billige Gegenstände
Wettwätsche billige Gegenstände
Wettwätsche billige Gegenstände

Aus erster Hand
ab Entropfender W. Reinecke, SW. Katschbachstr. 25.
Kurtl. 214, an Jedermann; Feldbe. tel. 70.—, Stahlstr. „Oulpa“ m. Unterl. b. 90 cm brt. 122.—, dreifig. Auflagen 90.—, 160.—, 175.—, Kinderbetst. 180.—, große Metallbetst. 130, in Messing 325.—

Zur Jugendweihe
Glückwunsch-Karten
Einladung-Karten
Geschenkwerte
für die schulfähige Jugend
mit gebiegenem Inhalt in wirtschaftlich vornehmer Ausstattung

Buchhandlung „Freiheit“
Berlin G. 2, Breite Str. 8-9

Wir führen nur Trauringe
und liefern direkt an Privat
1 Dukaten-Ring massiv
900 gelbmetall schon für 150 M.
500 105
500 85
500 65
Jede Größe an Lager. Namen umsonst und gleich mitzunehmen. — Versandt nach auswärtl.
G. Alb. Thal, Spezialfabrik für Trauringe
Berlin G. 2, Seydewitzstr. 5. Tel.-Nr. Trauring.